



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

G. 1.

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

P/VIII/87

Fernsprecher 376 54-59
Fernschreiber 039 890

15. April 1953

Hinweise
auf den Inhalt:

Zu den Kanzler-Erklärungen in den USA	S. 1
Der Bevölkerungsdruck in Indien	S. 3
Vom Hungertod bedroht (Zur Lage in der Sowjetzone)	S. 5
"Bauernkrieg" in Niedersachsen	S. 6

Der Kanzler und die Teilung Deutschlands

(sp) Hatte sich der Bundeskanzler bisher darauf beschränkt, sein Desinteressement an einer Vierer-Konferenz durch Passivität zu demonstrieren, so hat er sich jetzt in den USA zum ersten Mal in aller Offenheit zum Verzicht auf eine aktive Politik für die deutsche Wiedervereinigung bekannt. Genauso darauf laufen die Erklärungen Dr. Adenauers und die ergänzenden Ausführungen seines Pressechefs hinaus, die gegenwärtige Bundesregierung werde für die deutsche Einheit in Frieden und Freiheit nicht den Preis eines Verzichts auf Beteiligung an der EVG zahlen.

Das heißt: Adenauer verlangt mit der bedingungslosen Eingliederung Gesamtdeutschlands in die EVG eine politische Kapitulation des Kreml und das sowjetische Einverständnis mit einer Ausdehnung der westlichen Militärmacht zumindest bis zur Oder und Neiße. Dr. Adenauer muß wissen, daß es den Sowjets unter diesen Bedingungen leicht gemacht wird, mit den Westmächten zu einer Vereinbarung auf der Grundlage der fortdauernden Spaltung Deutschlands zu kommen. Der Bundeskanzler ist nicht einmal bereit, andere Möglichkeiten für die Garantie der Sicherheit eines geeinten Deutschlands zu erwägen. Er versucht in der Weltöffentlichkeit einmal mehr den Eindruck zu erwecken, daß es nur eine Wahl zwischen EVG und einer zur Bolschewisierung führenden unbewaffneten Neutralität gibt. Nicht nur von der sozialdemokratischen Opposition, sondern auch von namhaften Abgeordneten der Koalitionsparteien ist Herrn Dr. Adenauer oft genug

die Unhaltbarkeit dieser Auffassung bewiesen worden.

Mit diesen letzten Erklärungen des Bundeskanzlers hat die Bundesregierung der Verwirklichung der nur auf die Bundesrepublik begrenzten Verträge den Vorrang vor der deutschen Wiedervereinigung gegeben. Alle vier Besatzungsmächte wissen jetzt, daß der Bundeskanzler auch eine Ost-West-Einigung hinnehmen wird, die Deutschlands Teilung bestätigt. Die sozialdemokratische Behauptung, daß die Verträge Adenauers einem Verzicht auf die Einheit in Frieden und Freiheit gleichkommen, ist damit früher bestätigt worden als es erwartet werden konnte. Auch die Deutschen in der Ostzone wissen nun endgültig, woran sie mit Herrn Dr. Adenauer sind: Etwas mehr Rechte für die Bundesrepublik sind ihm wichtiger als die Ausnutzung jeder Chance für die friedliche Wiedervereinigung. Diese Einstellung des Kanzlers sollte jedoch von niemand in der westlichen Welt als Willenserklärung des deutschen Volkes in der Bundesrepublik gewertet werden. Mit der SPD steht die Mehrheit der westdeutschen Bevölkerung auf dem Standpunkt, daß die deutsche Einheit erstes und oberstes Ziel deutscher Politik bleibt. Eröffnet die Entwicklung der sowjetischen Politik die Möglichkeit, Deutschland auf der Grundlage freier Wahlen und eines Status zu einem, der die Sicherheit eines freien Gesamtdeutschland garantiert, so ist ein entsprechendes Abkommen, das sowohl dem Bedürfnis nach Freiheit wie nach Sicherheit entspricht, auch dann von der Bundesrepublik zu unterstützen, wenn die Sicherung Gesamtdeutschlands auf einer anderen Basis als der der Verträge geschaffen werden muß. Sollte die sowjetische Politik in der nächsten Zeit die Möglichkeit solcher Lösungen nicht eröffnen, so bleibt die Verpflichtung der Bundesrepublik, keine Bindungen einzugehen, die eine friedliche Wiedervereinigung ausschließen, unverändert. Die SPD ist nicht bereit, von dieser Pflicht "die nationale Einheit zu wahren" und für jene Deutschen mitzuhandeln, denen "am Grundgesetz mit-zuwirken versagt war", auch nur einen Fingerbreit abzugehen. Gesamtdeutsche Politik heißt nicht, etwas fordern, was die Wiedervereinigung unmöglich machen muß, sondern alles zu tun, um die Einheit in Frieden und Freiheit zu erreichen und alles zu unterlassen, was einem Verzicht auf diese Einheit gleichkommt.

Die Erklärungen des Bundeskanzlers sind daher vom deutschen und europäischen Standpunkt aus abzulehnen als ein Versuch, die Klärung der Möglichkeiten für eine deutsche Wiedervereinigung in Frieden bis zur Unmöglichkeit zu erschweren. Es ist jedoch festzustellen, daß der Bundeskanzler die fraglichen Erklärungen nicht für das Parlament abgegeben hat. Interessant wird sein, wie die Koalitionsabgeordneten und der BHE, die in der Vergangenheit so scharf gegen eine definitive Bindung Gesamtdeutschlands an die Verträge Sturm gelaufen waren, auf Dr. Adenauers aus freien Stücken angebotene absolute Bindungsklausel reagieren werden.

Indiens Last: Mehr Menschen - weniger Brot

S.P. Die indische Regierung hat im vorigen Jahre einem schwedischen Professor den Auftrag erteilt, zu untersuchen, ob man mit den Mitteln moderner Geburtenkontrolle dem enormen Anwachsen der Bevölkerung Einhalt gebieten kann. Es eilt, denn die Einwohnerzahl Indiens wächst jährlich um fünf Millionen und die Aussicht, die Lebensmittelproduktion dementsprechend zu erhöhen, ist gering. In den 14 Dörfern der Professor Wahlund für seine Beobachtungen zugewiesenen Gegend konnte sich die Bevölkerung vor zehn Jahren noch zwei Mahlzeiten am Tag leisten, heute muß sie sich mit einer begnügen.

Ein wichtiger Programmpunkt im Fünfjahresplan der Regierung Nehru ist die "Familienkontrolle". Professor Wahlund hatte die Aufgabe zu erforschen, ob man einer primitiv lebenden Landbevölkerung den Gedanken einer freiwilligen Beschränkung ihrer Fruchtbarkeit im eigenen und nationalen Interesse nahebringen kann. Mit ähnlichen Projekten beschäftigt sich bekanntlich die UN. Sie sollen auf einer internationalen Welt-Übervölkerungskonferenz in Rom im Jahr 1954 erörtert werden. Norweger haben im Mai 1952 der Weltgesundheitsbehörde in Genf Vorschläge über eine staatlich oder privat unterstützte Geburtenkontrolle in unterentwickelten Ländern unterbreitet, aber der Vatikan hat damals durch sein Sprachrohr, den "Ossevatore Romano" diese "gesellschaftszerstörenden und unmoralischen Tendenzen" sehr energisch bekämpft. Es war daher von Interesse, was der Schwede über die praktische Durchführbarkeit und die etwaigen sittlichen Auswirkungen derartiger Bestrebungen erkunden konnte.

Kinderheiraten immer noch üblich

Professor Wahlund hat in einem Vortrag vor der Universität Upsala den Vorhang erstmalig gelüftet. Er hält die Pläne der indischen Regierung für durchführbar. Die Fruchtbarkeitskulte, die in die religiöse Vorstellungswelt der von ihm beobachteten primitiven Dorfbevölkerung eingehen, bilden seiner Auffassung nach kein Hindernis für eine moderne Geburtenkontrolle. Es scheint, als hätte die Bevölkerung das Unhaltbare ihrer Lage selber eingesehen. Wer drei Kinder habe, wolle keine mehr. Wahlund betonte, daß er während seines Studienaufenthalts großen Respekt bekommen habe vor den kulturellen Institutionen, die die Indische Regierung aufbaut, und vor ihren Bemühungen, sie bei den

breiten Massen der Bevölkerung zu verankern.

Bedenkt man, daß in den 14 von ihm untersuchten Dörfern das Durchschnittsalter bei Eingehen der Ehe bei 13,8 Jahren lag, obwohl das Gesetz die Grenze mit 14 Jahren ansetzt, und daß Not und Kinderreichtum das Leben zunehmend veröden, dann ist es nicht erstaunlich, daß auch diese zu Neunzehntel analphabetische Bevölkerung aufklärungswillig ist. Von sämtlichen Frauen im Alter zwischen 14 und 40 waren 18 Prozent schwanger. Besonders den Kinderreihen ist kein Segen beschieden: Bereits mit 25 Jahren war die Hälfte aller Ehefrauen verwitwet. Es scheint kaum möglich, einer derartig explosiven Vermehrung der Kopfzahl, und zugleich des Elends, allein durch eine Rationalisierung der landwirtschaftlichen Methoden beizukommen. Das Gelingen oder Scheitern des indischen Fünfjahresplans dürfte davon abhängen, ob und in welchem Tempo die Zentralregierung dies Problem meistert.

Noch vor hundert Jahren menschenarm

Es ist in diesem Zusammenhang von Interesse, sich zu vergegenwärtigen, daß das indische Übervölkerungsproblem verhältnismäßig jungen Datums ist. Noch 1840 war Indien nur schwach bevölkert und die großen Grundbesitzer überboten einander im Wettbewerb um die nötige Arbeitskraft. Aber schon ein Menschenalter später hatte die von den Engländern eingeführte Epidemienbekämpfung das Bild gewandelt. Die Seuchensterblichkeit ging schlagartig zurück. Der bekannte britische Physiologe und Nobelpreisträger, Professor Hill, hat unlängst vorgeschlagen, Völkern, die sich weiterhin in unkontrollierbarer Weise vermehren, kein Penicillin und DDT mehr zu liefern. Aber das Leben ist heilig. Die moralischen Rückwirkungen einer derartigen Heilmittelblockade für Primitive wären unabsehbar. Das Abendland würde durch sie, weit mehr als durch die Einführung moderner Verhütungsmittel, sein Gesicht verlieren haben - und so ist denn diese seltsame indisch-skandinavische Zusammenarbeit auf einem für die Zukunft Asiens und letzten Endes der ganzen Welt bedeutsamen Gebiet, weit mehr Beachtung wert, als ihr bis her die Öffentlichkeit widmet.

+ + +

Das Chaos in der Versorgung der Sowjetzone

Aus der Sowjetzone wird uns geschrieben:

Die permanente Versorgungskrise in der Sowjetzone hat sich in den letzten Wochen verschärft. Die Krise hat bereits ein Ausmaß angenommen, wie es nur mit den schlimmsten Jahren des Hungers vor der Währungsreform verglichen werden kann.

Die jüngsten Maßnahmen der SED unterstreichen, gerade weil sie keine Lösung zu bringen vermögen, die herrschende Ratlosigkeit gegenüber der Situation, die zwangsläufig als Folge der nach sowjetischen Aufrüstungsinteressen orientierten Planung eingetreten ist. 40000 Ostberliner, die in Westberlin arbeiteten, erhalten vom 1. Mai an keine Lebensmittelkarten mehr. Einige Tage später erfolgte eine Verordnung der Sowjetzonen-Regierung, die 300000 Menschen, eine ganze Gruppe der Bevölkerung, wie die Besitzer und Pächter privater Industriebetriebe und aller Unternehmen mit mehr als fünf Beschäftigten, private Großhändler, Besitzer von Restaurants und Cafés, Einzelhändler vom 1. Mai an aus der Versorgung ausschließt. Sie sind auf die MCO angewiesen. Es bedarf keines Hinweises auf den unmenschlichen Charakter dieser Maßnahmen.

Für die Bevölkerungsteile, die die Möglichkeit haben, auf Karten einzukaufen, stehen die zugesagten Rationen auf dem Papier. Durch das Ausbleiben der von den Sowjets versprochenen Ölfruchtlieferungen haben die Verhältnisse in der Margarinerversorgung katastrophale Ausmaße angenommen. Der Versuch, die Lücke durch die Einfuhr von Sojabohnen aus China zu schließen, wird selbst in Kreisen der für die Versorgung Verantwortlichen sehr skeptisch eingeschätzt. Die Kartoffelversorgung wurde erst recht zu einem Problem, nachdem von den 540000 Tonnen eingelagerten Kartoffeln 300000 Tonnen zur Erzeugung von Stärkemehl für den Export an die Industrie abgeliefert werden mußten. An Zucker fehlen 70000 Tonnen, eine Lücke, die durch das Erfrieren von nicht weniger als 500000 Tonnen Zuckerrüben entstand, die im vergangenen Jahr nicht rechtzeitig aus dem Boden geholt wurden.

Der Mangel an Futtermitteln hat dazu geführt, daß auch der Fleischanfall wesentlich zurückging. Im Jahre 1952 sind nicht weniger

als 65000 Jungschweine umgekommen. Die Abdeckereien im ehemaligen Lande Mecklenburg sind kaum in der Lage, den Anfall an tierischen Kadavern zu verarbeiten. Das Fehlen von landwirtschaftlichen Arbeitskräften hat dazu geführt, daß stellenweise das Vieh mit Getreide gefüttert werden muß, das auch heute noch nicht einmal gedroschen ist.

Der Zusammenbruch der Versorgung ist nicht zuletzt das Ergebnis der ohne Rücksicht auf die Notwendigkeit der Frühjahrsbestellung betriebenen Kollektivierung. Zudem machen sich bereits die Folgen der Massenflucht von Bauern aus der Sowjetzone bemerkbar. Die rücksichtslose Eintreibung der restlichen Getreidemengen hat seit langem das Fehlen von Saatgut zur Folge und damit die Gefahr heraufbeschworen, daß die Versorgungskrise auch nach der Ernte nicht behoben werden kann. Im vergangenen Herbst konnten insgesamt 265000 Hektar nicht mit Roggen bestellt werden. Und auch in der Frühjahrsbestellung ist das Soll mit höchstens 60 bis 70 Prozent erfüllt worden.

Die jetzt von der SED in die Wege geleitete neue Hofbegehungs- und Kontrollaktion und die sich häufenden Schauprozesse gegen angebliche Schieber und Saboteure können nicht mehr über das Ausmaß der Versorgungskalamität hinwegtäuschen. Der neue Versorgungsminister und Nachfolger des in der Versorgung gescheiterten Dr. Hamann hat nicht umsonst bei seinem Amtsantritt keine andere Versprechung als die der Schwerpunktversorgung für 30 Betriebe der Grundstoffindustrie gemacht.

Es muß die vornehmste Aufgabe der Bundesrepublik sein, alles zu tun, um den 18 Millionen Menschen der Sowjetzone wirksam zu helfen.

+ + +

Stegner und Hellwege kämpfen um die Bauern

dt - Hannover

Robust und wortgewandt knallte Arthur Stegner, Landesvorsitzender der FDP Niedersachsen, nach einem im Eiltempo abgehaspelten außerordentlichen Landesparteitag seine Kriegserklärung an die niedersächsische DP auf den Tisch der Journalisten: Das neue Agrarprogramm seines Landesverbandes, das zum Agrarprogramm der Gesamt-FDP erhoben werden soll. Der Wortschatz des viereinhalb engzeilige Seiten langen Programms scheint der DP-Terminologie entlehnt zu sein ("... ein

gesundes, starkes und bodenständiges Landvolk als Grundlage der Volksgemeinschaft"), inhaltlich unterscheidet es sich, wenn man Stegner glauben darf vom DP-Programme dadurch, "daß wir den Bauern in das Ganze eingliedern, also keine eigene Bauernpolitik zulassen". Demgegenüber habe sich die DF, wie Stegner weiß, mehr oder weniger als ausgesprochene Bauernpartei betätigt.

Daß die niedersächsische FDP in der kommenden Bundes-Wahlkampf in erster Linie um die bäuerlichen Stimmen kämpfen wird, ist zwar interessant, aber nicht überraschend. Von den drei "Bonner" Parteien hat, wenn in Niedersachsen irgendeine Wahl fällig war, die FDP den größten Mut bewiesen; sie ist wenn auch nicht immer, so doch am meisten allein und unter eigener Flagge aufgetreten. Sie kann daher als einzige dieser drei Parteien nachweisen, daß sie nicht abgenommen, sondern allmählich an Stimmen gewonnen hat. Das war vornehmlich in den ländlichen Kreisen der Fall mit dem Schwergewicht im Raum Göttingen-Northeim, in der alten FDP-Domäne Oldenburg und neuerdings in Ostfriesland. Wie weit ein Einbruch in die "klassischen" Gefilde der DP in der Lüneburger Heide und im Regierungsbezirk Stade gelungen ist, läßt sich an den verschiedenen Wahlergebnissen nicht ermessen, die FDP versichert aber, daß sie im ganzen Land ihre Bezirksorganisationen von 8 auf 13 vermehren mußte und daß sie sich "besonders auf dem bäuerlichen Sektor" stark ausgeweitet habe.

Das sind Töne, die dem "Bauernführer" Hellwege schlecht in die Ohren klingen werden, zumal er mit ähnlichen Tatsachen nicht aufwarten kann, ohne sein Gewissen zu strapazieren. Denn die DP hat in den verschiedenen Wahlgängen der letzten Jahre durch das Bündnis mit der niedersächsischen CDU teils die eigenen, teils die wahrscheinlich größeren Verluste ihres Partners vertuschen können; das hatte aber den Nachteil, daß man den gewährten Bestand oder einen eventuellen Gewinn nicht auf den Tisch legen konnte. Stegner tritt also in der ersten Runde um die niedersächsischen Bauern Hellwege nicht nur äusserlich gleichgewichtig gegenüber.

+ + +

Vorantwortlich: Peter Raunau